

„Zeugnis gegen uns“?  
Die Bekennende Kirche und die Juden im Briefwechsel  
zweier Theologiestudierender (1933–1938)

*Deborah Dittmer*

„Was soll ich mit deinen Briefen machen?“, fragte die 24-jährige Theologiestudentin Gerda Bertram ihren Freund Karl Anton Keßler in einem ihrer Briefe im Spätsommer 1935, in Sorge darum, dass jene in die falschen Hände geraten könnten. „Und warum willst du nicht, dass man sie findet?“, fuhr sie fort: „Weil sie zu gefährliche Dinge enthalten, die uns beiden u. unseren Angehörigen schädlich sein könnten? Mehrbelastend wären sie auf alle Fälle u. ein Zeugnis gegen uns, falls solches notwendig ist. Aber müßten wir nicht auch so sagen, was wir gedacht haben u. denken u. tun, falls es soweit kommt. Es geht doch bei uns um eine Sache, bei der nichts verheimlicht werden darf.“<sup>1</sup>

Entgegen aller Befürchtungen wurden jene Briefe von der Gestapo nie gefunden. Sie geben heute einen wertvollen und intimen Einblick in eine Epoche deutscher Geschichte, in der es das Leben kosten konnte, seine Meinung zu äußern, sofern sich diese gegen das Regime richtete. Gerade weil die Briefe das Potential hatten, aus zeitgenössischer Perspektive zum „Zeugnis gegen“ ihre Schreiber zu werden, sind sie für den heutigen Leser ein Zeugnis *für* zwei junge Menschen, die sich – jeder auf seine Weise – der nationalsozialistischen Ideologie und Regierung entgegenstellten.

Die in der Korrespondenz zum Ausdruck gebrachten, sich oft auch unterscheidenden Positionierungen zum Nationalsozialismus gründen sich häufig auf theologische Argumentationen oder Glaubensüberzeugungen. Sowohl Karl Keßler als auch Gerda Bertram waren aktive Mitglieder der Bekennenden Kirche (BK), Keßler war nach seinem Studium außerdem beruflich für die BK tätig. Anfang des Jahres 1939 nahm er eine Beschäftigung im Büro Pfarrer Grüber in Berlin auf, einer kirchlichen Hilfseinrichtung für verfolgte „Nicht-

---

1 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 27.8.1935 (Zusatz zum Brief vom 24.8.1935) (Familienarchiv Gunnar Pudlatz, Hamburg. Im Folgenden mit FAPH abgekürzt).

arier<sup>1</sup>. Etwas später hatte er das Pfarramt in Altlandsberg nahe Berlin inne. Somit nehmen die beiden eine für die BK repräsentative Rolle ein, auch wenn – oder gerade weil – sich ihre Standpunkte und deren Herleitung in den Briefen keinesfalls immer homogen darstellen. Obwohl sich der schriftliche Austausch über ein breites Spektrum erstreckt, sticht ein Thema dabei besonders hervor: Die von den Nationalsozialisten propagierte ‚Judenfrage‘ und der daraus resultierende Umgang mit den Juden<sup>2</sup>. Die Briefe sind daher gleichzeitig auch ein Zeugnis für die Haltungen und Handlungen von Mitgliedern der BK gegenüber Juden. Das Bild, das sie vom Verhältnis der Bekennenden Kirche zu den Juden zeichnen, kann im Rahmen bereits bestehender Kenntnisse und Forschungsergebnisse im Hinblick auf Bestätigung und Abweichung beurteilt werden. Als besonders aufschlussreich hierfür zeigen sich im Briefwechsel die Reaktionen auf die Reichspogromnacht am 9. November 1938. Um diese hinreichend einordnen zu können, werden zunächst die Autoren mit ihren Briefen und den darin zutage tretenden Einstellungen vorgestellt.

#### 1. Zwei Theologiestudierende und ihre Briefe

Die Briefsammlung umfasst insgesamt etwa 930 Dokumente und erstreckt sich über einen Zeitraum von Januar 1932 bis Februar 1949. Der Enkelsohn des Theologenpaares, Gunnar Pudlatz, hat die Briefe vollständig transkribiert und kommentiert und die gesamte Sammlung in kleiner Auflage im Selbstverlag herausgegeben. Sie ist als gebundenes Buch mit dem Titel „Deine Briefe... soll ich sie verbrennen? Karl Anton Keßler und Gerda Bertram. Briefwechsel eines jungen Theologenpaares in der Zeit des Nationalsozialismus (1932–1948)“ in bisher drei Archiven zugänglich<sup>3</sup>. Eventuell soll zudem eine Auswahl der Briefe zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

Die meisten Briefe wurden von Gerda Bertram handschriftlich verfasst und sind an Karl Keßler adressiert. Sie geben Einblicke in die Studienzeit der beiden Kommilitonen, die an unterschiedlichen Orten

---

2 Um der besseren Lesbarkeit willen werden die maskulinen Formen verwendet, weibliche Personen sind selbstverständlich darin eingeschlossen.

3 Dabei handelt es sich um das Zentralarchiv der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau in Darmstadt, um das Evangelische Zentralarchiv in Berlin und das Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen in Bielefeld.

studierten und mit ihrer Korrespondenz die zwischen ihnen liegende Entfernung zu überbrücken suchten. Die räumliche Trennung wurde mit ihrer Heirat und dem Bezug einer gemeinsamen Wohnung in Berlin im Jahr 1939 aufgehoben, sodass ab diesem Zeitpunkt fast ausschließlich Briefe von Karl Keßler an seine Mutter Käthe in Wiesbaden vorliegen. Wie aus dem eingangs zitierten Brief ersichtlich, beinhalteten vor allem Keßlers Briefe regimekritische Äußerungen, weshalb Bertram 1935 begann, seine Briefe zu verbrennen. Die Angst vor einer äußeren Zensur, dem stichprobenartigen Öffnen von Briefen und Überprüfen von Inhalten durch staatliche Behörden, fällt hier jedoch weniger ins Gewicht als die Befürchtung, die Briefe könnten als Beweismittel gegen das Paar verwendet werden, sollte es einmal zu einer direkten Konfrontation mit der Gestapo kommen. Daher sind bei der Lektüre und Auswertung der Briefe vor allem die Auswirkungen der inneren Zensur zu beachten. Sie ergibt sich einerseits aus dem Einfluss der äußeren Zensur auf die Schreiber, die sich in diesem Fall im Wissen um die staatlichen Maßnahmen um vorsichtige Formulierungen bemühen mussten, und lernten, zwischen den Zeilen zu schreiben und zu lesen<sup>4</sup>. Andererseits ist unter der inneren Zensur auch eine Selbstbeschränkung des Senders zugunsten des Empfängers zu verstehen, um diesen nicht zu belasten<sup>5</sup>. Rückblickend schrieb Gerda Keßler<sup>6</sup> im Jahr 1948 an einen Bekannten, dass von Karls Briefen nur einige wenige den Krieg überdauert

---

4 Das galt besonders seit dem Straftatbestand der ‚Wehrkraftzersetzung‘ ab 1938, durch den jegliche kritische Äußerungen gegenüber dem Regime oder den Kriegshandlungen hart geahndet werden konnten, was in extremen Fällen sogar bis zur Todesstrafe führte. Vgl. *Lamprecht*, Gerald: *Feldpost und Kriegererlebnis. Briefe als historisch-biographische Quelle*. Innsbruck 2001, 48. In der Korrespondenz zwischen Bertram und Keßler wird dieser Umstand sehr deutlich. Während sie sich in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft noch recht vorbehaltlos über ihre Einstellungen austauschen, ist im Laufe der Jahre eine zunehmende Vorsicht zu spüren. So ist Keßler sehr darum bemüht, seiner Mutter nicht zu viele Details aus seiner Tätigkeit im Büro Pfarrer Grüber in Berlin schriftlich mitzuteilen. Insbesondere in Bezug auf Namen ist dies zu beobachten. Gerade in den Briefen aus der Berliner Zeit ab 1939 werden Personennamen häufig nur noch durch Initialen wiedergegeben.

5 Vgl. *Lamprecht*, *Feldpost* (wie Anm. 4), 52–54.

6 Seit ihrer Heirat 1939 trug Gerda Bertram den Nachnamen Keßler.

hätten<sup>7</sup>. Bertrams Briefe jedoch sind zusammen mit ein paar Briefen ihres Mannes an seine Mutter in Wiesbaden bei letzterer und bei Keßlers Bruder Franz verwahrt worden und somit erhalten geblieben<sup>8</sup>.

Im Januar 1911 wurde Gerda Bertram in Hagen geboren, Karl Anton Keßler ein Jahr später, Anfang 1912, in Köln. Beide lernten sich 1931 während ihres Studiums an der Theologischen Schule in Bethel kennen. Einen Großteil der Studienzeit verbrachten sie an verschiedenen Orten, Keßler setzte sein Studium in Marburg fort, Bertram in Greifswald. Nach einem gemeinsamen Aufenthalt in Bonn ging er für je ein Semester an die Kirchlichen Hochschulen in Wuppertal und Berlin, während sie nach einem Aufenthalt in Münster im Herbst 1936 ihr Erstes Theologisches Examen in Bethel ablegte. Er tat dies ein Jahr später vor dem Nassau-Hessischen Bruderrat.

Beide hatten schon während ihrer Schulzeit Schülerbibelkreise besucht und waren protestantisch sozialisiert. Ihre christlichen Glaubensüberzeugungen wurden dann auch zu einem entscheidenden Kriterium für die je individuelle Beurteilung des Nationalsozialismus. Hier weichen ihre Positionen an einigen Stellen jedoch entscheidend voneinander ab. Deutlich wird dabei auch, wie stark sich die familiäre Prägung jeweils auf die Haltung gegenüber den politischen Entwicklungen auswirkt.

Mit einem hohen Maß an Selbstreflexion beschrieb Gerda Bertram die nationalsozialistische Gesinnung ihrer Familie in einem Brief an ihren Kommilitonen im Jahr 1933:

„Vielleicht habe ich mich nicht frei machen können von dem Geist, der daheim herrscht. Wie stark dieser Einfluß ist, sein kann, kannst du daran erkennen, daß mein Schwager vor 2 Wochen [...] Oberbürgermeister von Hagen wurde als langjähriger National-Sozialist.“<sup>9</sup>

---

7 Vgl. den Brief Gerda Keßlers an Herrn Habermann vom 9.1.1948 (FAPH [wie Anm. 1]).

8 Vgl. das Vorwort zur Briefsammlung von Gunnar Pudlatz (ebd.).

9 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.5.1933 (Zusatz zum Brief vom 7.5.1933) (ebd.). Hervorhebung im Original.

Von ihrem Schwager Heinrich Vetter<sup>10</sup>, aber auch insgesamt von der Familie grenzte sie sich in ihrer Haltung immer wieder ab. Es ist dabei bemerkenswert, wie entschieden sie ihre Position auch gegenüber ihren engsten Familienangehörigen vertrat, obwohl dies zwangsläufig zu Spannungen innerhalb der Familie führte. Doch auch ihrem Freund, der den Nationalsozialismus vehement ablehnte und daraus keinen Hehl machte, trat sie immer wieder entgegen. So tauschten sich beide im Mai 1933, kurz nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten, über den von der Regierung initiierten Judenboykott und dessen Auswirkungen aus<sup>11</sup>. Im unmittelbaren Anschluss daran fragte Bertram:

„Kannst du dieser ‚neuen‘ Zeit auch nicht eine gute Seite abgewinnen, hast du dich nicht in Bezug auf einen einzigen Punkt gefreut, daß es so kam? Alles, was du schreibst klingt so bitter. Ich sehe das alles auch und mir ist es auch so schwer, aber ich sehe auch noch eine andere Seite.“<sup>12</sup>

Hier zeigt sich, dass die Verfasserin der „neuen Zeit“ zwar in manchen Punkten durchaus skeptisch, jedoch nicht ausschließlich ablehnend gegenüberstand. Sie nahm damit eine Position zwischen den Stühlen, zwischen ihrer nationalsozialistischen Familie und ihrem Freund ein, und musste immer wieder darum ringen, eigene Überzeugungen zu finden und zu vertreten.

---

10 Vetter war seit 1925 Mitglied der NSDAP. 1933 wurde er zum Oberbürgermeister von Hagen ernannt und hatte ab 1936 die geschäftsführende Leitung des Gaus Westfalen-Süd inne, womit er also eine tragende Rolle im Gefüge des NS-Staates einnahm. Vgl. *Lilla, Joachim / Döring, Martin / Schulz, Andreas* (Hg.): *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch*. Düsseldorf 2004, 683f.

11 Der sogenannte Judenboykott war am 1. April 1933 öffentlich von der Regierung ausgerufen und propagiert worden. Während es bereits in der Weimarer Republik immer wieder zu einzelnen lokal begrenzten Boykotten, Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen und Beschädigungen von Synagogen gekommen war, so stellte der 1. April insofern eine Zäsur dar, als dass Aktionen gegen Juden nun legalisiert wurden. Vgl. *Röhm, Eberhard / Thierfelder, Jörg*: *Juden – Christen – Deutsche*. Bd. 1: 1933 bis 1935. Stuttgart 1990, 108–110.

12 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.5.1933 (FAPH [wie Anm. 1]).

Im Gegensatz dazu war Karl Keßler sehr früh durch seinen Großvater mit der Sozialdemokratie in Berührung gekommen<sup>13</sup>. Dass er seine antinationalsozialistischen Überzeugungen frei und vehement vertrat, wird aus einer schriftlichen Unterhaltung ersichtlich, in der Bertram eben diesen Charakterzug an ihm kritisierte:

„Ich bin genau so wenig wie du mit allen diesen Dingen einverstanden. Aber ich halte es für unsinnig in deiner Art u. wie man es bei Euch oft tut, darüber zu reden, da dadurch ja nichts gebessert wird. Du kannst mir mit demselben Recht vorwerfen, daß ich zu viel den Mund halte und dadurch alles laufen lasse.“<sup>14</sup>

Neben der familiären Sozialisation hatte auch das Studium an der Theologischen Hochschule Bethel erheblichen Einfluss auf Keßlers antinationalsozialistische Gesinnung, insbesondere seitdem er mit Wilhelm Vischer, der dort bis 1933 als Professor für Altes Testament lehrte, und anderen „religiösen Sozialisten bekannt“ wurde, „die in diese Richtung, z. T. sogar ins Kommunistische gingen“<sup>15</sup>, wie seine Frau 1948 rückblickend in einem Brief an einen Bekannten reflektierte:

„Jedenfalls hatte er immer schon eine ganz stark antinationalsozialistische Einstellung, die sich je länger je mehr er sich mit der Theologie und der Bibel beschäftigte, noch verstärkte. Und unter Barths Einfluß natürlich noch mehr.“<sup>16</sup>

Den Schweizer Theologen Karl Barth lernten sie während eines gemeinsamen Studienaufenthaltes in Bonn kennen. Dass er auf beide, insbesondere auf Keßler, einen großen Eindruck gemacht haben muss, kommt im selben Brief zur Sprache:

„Und Karl hat natürlich gleich damals sich mit Eifer an Karl Barths Vorlesungen, Seminaren [...] u. ‚offenen Abenden‘ betei-

---

13 Vgl. den Brief Gerda Keßlers an Rudolf Weckerling vom 1.10.1948 (FAPH [wie Anm. 1]).

14 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 28.7.1935 (ebd.).

15 Brief Gerda Keßlers an Rudolf Weckerling vom 1.10.1948 (ebd.).

16 Ebd.

ligt. Stand auch in Verbindung mit ihm und gehörte wohl zu denen, die Barth wirklich verstanden haben u. ihn nicht nur nachredeten.“<sup>17</sup>

So traten sie im Wintersemester 1934 in die Bekennende Kirche ein, die sich kurz zuvor, im Mai desselben Jahres auf der Bekenntnissynode in Wuppertal-Barmen, gegründet hatte und als deren geistiger Vater Karl Barth galt. Sie waren aktive Mitglieder eines Studentenkreises der BK, der sich zu dieser Zeit an der Universität gebildet hatte.

Insbesondere die Prägung durch bekannte Theologen wie Karl Barth, Hans Asmussen und Wilhelm Vischer führte bei Keßler zu einer solch starken Identifikation mit der Bekennenden Kirche, dass er in Kauf nahm, das Zweite Theologische Examen aufgrund kirchenpolitischer Schwierigkeiten nicht ablegen zu können. Jedoch zeichnet sich im Briefwechsel im Verlauf der Jahre auch Kritik an der BK ab. Im August 1935 sprach Keßler von einer „Fehlpolitik d. Bek. K., die sich in d. Winkel drücken ließ“<sup>18</sup>. Er kritisierte mit seiner Formulierung vor allem, dass die BK sich gegenüber dem Staat nicht durchsetzte. Sie beanspruchte für sich, die wahre und gesamte Evangelische Kirche zu vertreten, doch gelang es ihr nicht, diesem Anspruch auch auf struktureller Ebene gerecht zu werden. In einem Brief vom Dezember 1938, einen Monat nach der Reichspogromnacht, gab Bertram die Grundstimmung ihrer BK-Versammlung wieder, indem sie die BK als „Trümmerhaufen“ bezeichnete, da diese „als Organisation wohl schon nicht mehr“ existiere<sup>19</sup>. Die beiden Studierenden sowie viele andere BK-Mitglieder schienen vor allem von der Kirchenleitung zunehmend enttäuscht gewesen zu sein, da diese sich ihrer Ansicht nach zu sehr an das politische System anbederte und keinen aktiven Widerstand gegen das Regime leistete.

## 2. Die Auseinandersetzung mit der ‚Judenfrage‘

Die Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus spiegeln sich auch in der Positionierung zur sogenannten Judenfrage wider. Sie

---

17 Ebd.

18 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 26.8.1935 (FAPH [wie Anm. 1]).

19 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.12.1938 (ebd.).

nimmt in der Korrespondenz zwischen 1934 und 1935 viel Raum ein. Auch hier weicht das Paar in seinen Äußerungen voneinander ab. Zunächst ist festzuhalten, dass sich auf menschlicher Ebene in den Briefen niemals negative Bemerkungen über Juden finden. Ganz im Gegenteil, vor allem Gerda Bertram zählte auch Jüdinnen zu ihrem engsten Freundeskreis<sup>20</sup> und problematisierte diese Beziehungen auch nicht nur ansatzweise. Die Diskussion bildete sich eher auf theoretischer Ebene ab und kreiste besonders um die Frage nach der sogenannten Mischehe zwischen Juden und Nichtjuden.

Anlass für die Auseinandersetzung mit dem Thema der Mischehe bot Bertrams Lektüre des Romans „Sünde wider das Blut“ von Artur Dinter im Frühjahr 1934. Dieses 1917 verfasste völkisch-rassische Werk beschwört auf drastische Weise die Gefahren und Übel einer Rassenvermischung. Bertram distanzierte sich von den Inhalten und urteilte, dass es „sicher furchtbar fanatisch und deshalb nicht wahr“ sei und von „dem ‚Christlichen‘ [...] natürlich nichts als Idealismus“ übrig bliebe<sup>21</sup>. Zwischen diese Einwände fügte sie jedoch folgende Bemerkung ein: „Jedenfalls wird uns eine vernünftige Rassenhygiene nicht schaden, sondern notwendig sein.“<sup>22</sup> Auch wenn Bertram von einer radikalen und ideologisch überhöhten Rassentrennung Abstand nahm, räumte sie trotzdem einen grundsätzlichen Nutzen, sogar die vermeintliche Notwendigkeit einer solchen im Rahmen „vernünftige[r]“ Anwendung ein. Wie ihre Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus im Allgemeinen ist auch diese Einstellung zu einem großen Teil auf die Prägung durch ihre Familie zurückzuführen. Ihre Mutter trat im Juli 1935 gegenüber Keßler vehement für ein staatliches Verbot von Eheschließungen zwischen Juden und Nichtjuden ein. Zwar lehnte Bertram einen Gesetzesbeschluss diesbezüglich ab, war aber dennoch der Meinung, „daß solches“, d. h. eine Mischehe, „nicht vorkommen sollte, aus ähnlichen Gründen wie Mutter.“<sup>23</sup>

Entsprechend verläuft auch Bertrams Argumentation im Rückbezug auf eine weitere Lektüre, Alfred Rosenbergs 1930 erschienenes

---

20 Vgl. beispielsweise den Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 28.5.1933 (FAPH [wie Anm. 1]), in dem sie von ihrer jüdischen Freundin und Mitbewohnerin Gretel Kramer berichtet.

21 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 26.4.1934 (ebd.).

22 Ebd. Hervorhebung im Original.

23 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 28.7.1935 (FAPH [wie Anm. 1]).



politisches Werk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, auf das sie im Sommer 1935 anspielte. Sie bezeichnete den Umgang der Nationalsozialisten mit der Mischehenfrage als „Rassenwahn~~sinn~~“<sup>24</sup>, wiederholte aber auch hier ihr Plädoyer für eine „gesunde Rassenhygiene“. Das Eingehen von Mischehen aus Protest gegen die propagierte Rassentrennung sowie die Fürsprache für solche Eheschließungen lehnte sie entschieden ab, da sie ein aktives Entgegenreten nicht für eine christliche Pflicht hielt. Stattdessen sollte der Protest auf subtilere Weise angemeldet werden, „z. B. indem man auf den Wahnsinn des Rassen-mythus überhaupt bei den N.S. hinweist und gegen seine Auswüchse auf manchen Gebieten.“<sup>25</sup> Die „Pflicht als Christen“ verstand Bertram an dieser Stelle also nicht als einen Angriff gegen das staatliche Agieren, sondern vielmehr in einer kritischen geistigen Auseinandersetzung mit der Rassenideologie, aus der christliche Aufklärungsarbeit resultieren sollte. Für sie wurde hier der Kampf zwischen Kirche und Regime weniger auf der Handlungsebene als vielmehr auf weltanschaulichem Gebiet ausgefochten. Dabei ist anzumerken, dass die Verfasserin an keiner Stelle jüdische Menschen gegenüber ‚Ariern‘ per se als untergeordnet darstellte. Die Problematik der Mischehe zeigte sich für sie eher auf individueller als auf kollektiver Ebene, wobei jedoch der von ihr verwendete Begriff der „Rassenhygiene“ eine qualitative Verschiedenheit der Rassen impliziert.

Während Gerda Bertram in Bezug auf die Mischehe wusste, sie „werde nie für sie sprechen“<sup>26</sup> und davon überzeugt war, es sei von einer solchen „entschieden abzuraten, denn die Rassenunterschiede sind da, u. lassen sich durch andere noch so vernünftige (Be-)gründungen nicht überbrücken“<sup>27</sup>, vertrat Karl Keßler offensichtlich einen anderen Standpunkt. Das wird schon allein daraus ersichtlich, dass Bertram in ihren kurz aufeinanderfolgenden Briefen im Sommer 1935 ihre Position zur Mischehe immer wieder aufs Neue erläutern und verteidigen musste. So bedauerte sie es, „nicht einer Meinung“<sup>28</sup>

---

24 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.8.1935 (ebd.). Hervorhebung im Original.

25 Ebd.

26 Ebd.

27 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 27.8.1935 (FAPH [wie Anm. 1]).

28 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.8.1935 (ebd.).

zu sein. Keßler argumentierte, „daß Rasse gleichwertig neben Klasse, Geld u. ‚Gestalt‘ tritt“<sup>29</sup>, damit zwar als eine eigene Größe anerkannt werde, für eine Eheschließung jedoch im Verein mit anderen Faktoren keinen außerordentlichen Hinderungsgrund darstellen könne. Vor dem Hintergrund seiner entschieden antinationalsozialistischen Haltung und aus der in den Briefen abgebildeten Diskussion heraus ist zu vermuten, dass Keßler in Sachen Rassentrennung ein deutlich aktiveres Vorgehen gegen den Staat forderte. Auch hieran zeigt sich der enge Zusammenhang zwischen familiärer Prägung, politischer Gesinnung und der Einstellung gegenüber Juden.

Dennoch ist der Hauptunterschied zwischen den Positionen des Paares theologischer Art und basiert auf der theoretischen Grundsatfrage, inwiefern die Größe „Rasse“ als Ordnung Gottes verstanden werden könne. Der Qualifizierung der Ehe als Ordnung Gottes stimmten beide zu, die Begriffe „Volk“ und „Rasse“ bezeichnete Keßler jedoch (in Bertrams Worten) als „Schwindelordnungen“ und versuchte, ihre Auffassung von Rasse als Ordnung Gottes damit zu widerlegen<sup>30</sup>. Sie argumentierte dagegen, dass auch der Apostel Paulus diese Chiffren als von Gott eingesetzte Ordnungen beibehalten habe, weshalb sie nicht „so ohne weiteres unter den Tisch fallen sollen“<sup>31</sup>. Allerdings gab Bertram auch zu bedenken, dass die aus den Ordnungen abgeleiteten Implikationen dort ihre Grenzen erfahren, wo sich die Nationalsozialisten über Gottes Gebote stellen. Die Konsequenzen aus diesen beiden Sichtweisen waren folgenreich: Karl Keßler lehnte jegliche religiös-christliche Begründung der Notwendigkeit einer völkischen Reinigung oder Rassenerhaltung ab. Für Gerda Bertram war die Rassenreinhaltung, wenn natürlich in einem begrenzten Maß, durch göttliche Autorität legitimiert und – in einem sehr eingeschränkten Sinn – auch gefordert.

Interessant ist an diesem schriftlich fixierten Gespräch aus dem Spätsommer 1935, dass es die staatlichen Maßnahmen, die aus der Mischehenthematik resultierten, bereits vorwegnahm. Nur drei Tage nachdem Bertram konstatiert hatte, dass der Rassenunterschied für eine angehende Ehe die größte Schwierigkeit darstelle, wurden die

---

29 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 12.9.1935 (ebd.). Hervorhebungen im Original.

30 Vgl. den Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 27.8.1935 (ebd.).

31 Ebd.

Nürnberger Gesetze am 15. September 1935 erlassen. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ setzte um, was Bertrams Mutter befürwortet, das Paar jedoch abgelehnt hatte: das Verbot von Eheschließungen zwischen ‚Ariern‘ und ‚Nichtariern‘. Dieser Erlass war nur der legislative Höhepunkt einer Entwicklung, die sich in den Monaten zuvor bereits angebahnt hatte. Sukzessive waren Juden immer weiter von verschiedenen Berufsgruppen, Ausbildungsmöglichkeiten und schließlich vom Wehrdienst ausgeschlossen worden. Schon im Juli hatte Goebbels eine öffentliche Erklärung abgegeben, dass Mischehen zwischen Deutschen und Juden nicht mehr zu akzeptieren seien<sup>32</sup>. Die Diskussion zwischen dem Paar bietet damit einerseits einen Eindruck davon, wie virulent das Thema bereits vor den Nürnberger Gesetzen gewesen war. Andererseits zeigt sich hieran auch, wie uneinheitlich sich die Ansätze selbst von Mitgliedern der Bekennenden Kirche ausprägen konnten.

Die ausführlichen Diskussionen über die politischen Entwicklungen, theologischen Themen und insbesondere über Fragen, die die Juden betreffen, ebten nach Beendigung der Studienzeit ab. An ihre Stelle traten nun Berichte von Geschehnissen und darauffolgenden Handlungen, die ab November 1938 die Zukunft beider stark beeinflussen sollten. Die Reichspogromnacht am 9. November 1938 stellt in diesem Zusammenhang eine besondere Zäsur in der Biographie von Gerda Bertram und Karl Keßler dar, was sich auch in ihrer Korrespondenz deutlich abbildet. Fand die Auseinandersetzung mit der ‚Judenfrage‘ zuvor noch auf rein theoretischer Ebene statt, so veranlassten die furchtbaren Ereignisse dieser schicksalhaften Nacht das Theologenpaar zu einem aktiven Eintreten für die Juden, obwohl es mit sehr viel Widerstand zu rechnen hatte.

### 3. Reaktionen auf die Reichspogromnacht 1938

In der Nacht vom 9. zum 10. November kam es im gesamten Deutschen Reich zu Ausschreitungen gegen Juden in bisher nie dagewesener Dimension. Synagogen und jüdische Geschäfte wurden in Brand gesteckt, jüdische Menschen beschimpft, misshandelt, gejagt, vergewaltigt und gedemütigt. Während die Aktionen hauptsächlich von

---

<sup>32</sup> Vgl. *Röhm*, Eberhard / *Thierfelder*, Jörg: Juden – Christen – Deutsche. Bd. 2/I: 1935 bis 1938. Stuttgart 1992, 21.

SA-Männern ausgingen, waren vereinzelt auch Zivilpersonen beteiligt, allen voran Mitglieder der Hitlerjugend<sup>33</sup>. Der Pogrom stieß jedoch wegen seiner Grausamkeit und der Übertretung sämtlicher Rechtsbestimmungen insgesamt in der Bevölkerung auf breites Entsetzen und Ablehnung<sup>34</sup>. Umso mehr fällt ins Gewicht, wie spärlich aktiver Widerstand geleistet wurde und wie im Besonderen auch die Kirchenleitungen zu den Ereignissen schwiegen<sup>35</sup>, denn von Seiten der bekenntnisorientierten Bischöfe der sogenannten intakten Landeskirchen von Bayern (Hans Meiser), Württemberg (Theophil Wurm), Baden (Julius Kühlewein) und Hannover (August Marahrens) als auch der Vorläufigen Kirchenleitung der Bekennenden Kirche blieb öffentlicher Protest gegen die Ereignisse und ein Eintreten für die Juden aus.

Die Gründe hierfür sind sowohl extrinsischer als auch intrinsischer Natur. Zunächst ist die Ursache in der strukturellen Krise der BK im Jahr 1938 zu suchen. Die Spaltung in einen sogenannten radikalen und einen gemäßigten Flügel<sup>36</sup>, die Distanzierung von ihrem geistigen Vater Karl Barth, nachdem dieser tschechische Soldaten zum bewaffneten Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat aufgerufen hatte, und der Streit um die von der 2. Vorläufigen Kirchenleitung verfasste Gottesdienstliturgie im September 1938<sup>37</sup> hatten die BK stark geschwächt. In dieser krisenhaften Situation ging von der Kirchenleitung im November 1938 kein politischer Widerstand gegen das Regime aus.

Neben der Sorge um die Aufrechterhaltung der Kirchenstrukturen gab es auch intrinsische Gründe, weshalb die Kirchenleitung sich nicht für die Juden einsetzte. Erhellend ist dazu ein Schreiben des

---

33 Vgl. *Mairgünther*, Wilfried: Reichskristallnacht. Hitlers „Kriegserklärung“ an die Juden. Kiel 1987, 161.

34 Vgl. *ebd.*, 162–166.

35 Vgl. *Grosse*, Heinrich W.: Die Reichspogromnacht am 9./10. Nov. 1938 und die evangelische Kirche. In: Ders. (Hg.): *Bewährung und Versagen. Die Bekennende Kirche im Kirchenkampf*. Göttingen 1991, 93–128, 98.

36 Vgl. *Büttner*, Ursula: Von der Kirche verlassen: Die deutschen Protestanten und die Verfolgung der Juden und Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“. In: Dies. / *Greschat*, Martin (Hg.): *Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“*. Göttingen 1998, 15–69, 33f.

37 Vgl. *Röhm*, Eberhard / *Thierfelder*, Jörg: *Juden – Christen – Deutsche*. Bd. 3/I: 1938 bis 1941. Stuttgart 1995, 49f.

württembergischen Landesbischofs an Reichsjustizminister Franz Gürtner, in dem er sich über die „Ereignisse in der Nacht vom 9. auf den 10. November“<sup>38</sup> äußerte. Theophil Wurm forderte den Minister auf, der bestehenden Rechtsunsicherheit mit „der Wiederherstellung der Autorität des Gesetzes und des Rechtsempfindens“<sup>39</sup> zu begegnen. Dabei bestritt der Bischof allerdings „mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen“, da es eine „zersetzende Wirkung [...] auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet“<sup>40</sup> habe.

Zwei Aspekte treten aus den Äußerungen des lutherischen Bischofs hervor. Erstens führte das in der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre verhaftete Obrigkeitsdenken dazu, dass die Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit ausschließlich als Angelegenheit des Staates betrachtet wurde, in die sich die Kirche nicht einmischen dürfe<sup>41</sup>. Auch in den Vorjahren hatte sich selbst die Bekenntnisfront kaum verantwortlich für die Juden gefühlt, sondern die Behandlung der ‚Judenfrage‘ allein dem Staat zugeschrieben<sup>42</sup>. Wenn überhaupt, so hatte sie sich nur gegenüber ihren eigenen Mitgliedern, Christen jüdischer Herkunft, verpflichtet gesehen. Gesetzgebungen wie der

---

38 Brief Theophil Wurms an Dr. Franz Gürtner vom 6.12.1938 (Landeskirchliches Archiv Stuttgart), zit. nach *Metzger*, Hartmut: Kristallnacht. Dokumente von gestern zum Gedenken heute. Stuttgart 1978, 49.

39 *Ebd.*, 52.

40 *Ebd.*, 49.

41 Im Wesentlichen geht es in der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre darum, „daß die Verantwortlichen im politischen ebenso wie im kirchlichen Raum darüber zu wachen hätten, daß keine Seite sich Übergriffe in den Aufgabenbereich der anderen leistete, eben weil Staat und Kirche mit jeweils eigenen Mitteln grundsätzlich verschiedenen Verpflichtungen nachkommen mussten. Unübersahbar basierte freilich auch dieses Konzept auf der Voraussetzung einer ‚christlichen Obrigkeit‘ bzw. einer Regierung, die sich an Traditionen eines konservativen christlichen Ethos gebunden wußte.“ (*Greschat*, Martin: Die Haltung der deutschen evangelischen Kirchen zur Verfolgung der Juden im Dritten Reich. In: Büttner, Ursula [Hg.]: Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich. Hamburg 1992, 273–292, 274).

42 Vgl. *Thamer*, Hans-Ulrich: Protestantismus und ‚Judenfrage‘ in der Geschichte des Dritten Reiches. In: Kaiser, Jochen-Christoph / *Greschat*, Martin (Hg.): Der Holocaust und die Protestanten. Analysen einer Verstrickung. (Konfession und Gesellschaft 1) Frankfurt am Main 1988, 216–240, 236.

‚Arierparagraph‘ führten im Großen und Ganzen nur deshalb zur Ablehnung, da sie als Eingriff des Staates in kirchliche Belange verstanden wurden. Für eine Gleichberechtigung von ‚Ariern‘ und ‚Nichtariern‘ setzte sich die BK nur innerhalb des eigenen kirchlichen Rahmens ein. Darüber hinaus ließ sie Juden und Christen jüdischer Herkunft der Ausgrenzung durch den Staat schutzlos ausgeliefert<sup>43</sup>.

Hinzu kam zweitens, dass Antijudaismus und Antisemitismus in der Bevölkerung insgesamt, aber auch in der BK weit verbreitet waren. Auch die obersten Kirchenführer hegten Ressentiments gegen Juden, wie aus Wurms Brief deutlich hervorgeht. Dieser ausgeprägte Antisemitismus muss als „ganzes Bündel von allgemeinpolitischen und speziell kirchenpolitischen, von organisationssoziologischen wie auch bewußtseinsmäßigen und wahrhaftig nicht zuletzt theologischen Gründen für die hier vorherrschende Haltung“<sup>44</sup> betrachtet werden, ist also nicht auf einzelne Motive rückführbar. Für die Kirchenleitung galt dabei im besonderen Maße eine „Verwurzelung im Geist und Milieu des deutschen Konservatismus“<sup>45</sup>. Mit diesem ging auch eine streng antimodernistische Haltung einher, die im Judentum eine liberale, sozialistische oder kommunistische Bedrohung zu erkennen glaubte. Diese Einstellung verband sich mit einem sozio-kulturellen und theologischen Antijudaismus<sup>46</sup>, der in der christlichen Tradition seit jeher verankert war. Dies alles führt zu dem niederschmetternden Fazit, dass es für die Kirchenleitung nahezu

---

43 Vgl. Büttner, Kirche (wie Anm. 36), 49f.

44 Greschat, Haltung (wie Anm. 41), 273.

45 Ebd., 274.

46 Der sozio-kulturelle Antijudaismus äußerte sich insbesondere in der Angst vor einer „Verjudung“ des deutschen Volkes. Der bayerische Landesbischof Hans Meiser sprach beispielsweise von einem „alles nivellierenden, die sittlichen Grundlagen unseres Volkstums zersetzenden, bis zur Laszivität ausschweifenden jüdischen Geist“ (Meiser, Hans: Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage [1926], abgedruckt im Evangelischen Gemeindeblatt Nürnberg Nr. 33/34/35 vom 22.8./29.8./5.9.1926, zitiert nach Röhm / Thierfelder, Juden 1 [wie Anm. 11], 357). Der theologische Antijudaismus betraf vor allem den seit Beginn des Christentums erhobenen Vorwurf, die Juden hätten den Messias getötet. Die Juden seien von Gott verworfen, die Christen hätten ihre Stellung als Gottesvolk übernommen.

keine Argumente gab, die für ein Engagement für die Juden gesprochen hätten<sup>47</sup>.

Ein Einsatz für die Juden erfolgte vielmehr durch einzelne Christen und Christinnen und einige mutige Pfarrer. Dabei stechen zwei Predigten des Buß- und Bettages am 16. November besonders hervor: Der als Vertretung für den inhaftierten Martin Niemöller eingesetzte Hilfspfarrer Helmut Gollwitzer in Berlin-Dahlem machte deutlich, dass jeder Einzelne eine Mitschuld habe, und sei es nur „durch das Vorübergehen, das Schweigen, das Augenzumachen“<sup>48</sup>. Nicht zuletzt bei den Nationalsozialisten erregte auch die Bußtagspredigt des Württemberger Pfarrers Julius von Jan große Aufmerksamkeit. Er benannte die Verbrechen konkret und kritisierte dabei die Regierung:

„Mag das Unrecht auch von oben nicht zugegeben werden – das gesunde Volksempfinden fühlt es deutlich, auch wenn man nicht darüber zu sprechen wagt. Und wir als Christen sehen, wie dieses Unrecht unser Volk vor Gott belastet und neue Strafen über Deutschland herbeiziehen muß.“<sup>49</sup>

Wie provokant und risikobehaftet eine solche Äußerung war, zeigt sich an den Folgen, die die Predigt nach sich zog: Wegen seiner Anklage wurde von Jan zusammengeschlagen, inhaftiert, aus Württemberg ausgewiesen und kurz darauf zu sechzehn Monaten Gefängnis verurteilt<sup>50</sup>. Zwar versuchte die Kirchenleitung der württembergischen Landeskirche seine Freilassung zu erwirken, distanzierte sich jedoch deutlich von den Inhalten der Predigt<sup>51</sup>.

Diese mutigen Pfarrer gehörten zur seltenen Ausnahme: „Wo ein Pfarrer in der (begrenzten) Öffentlichkeit (eines Gottesdienstes) kritisch zur Reichspogromnacht Stellung bezog, wurde dies im allgemeinen als ungewöhnliches Verhalten – gleichsam als Ausnahme von der

---

47 Vgl. *Greschat*, Haltung (wie Anm. 41), 275.

48 *Gollwitzer*, Helmut: *Zuspruch und Anspruch*. Predigten. München 1954, 41.

49 Zit. nach *Gerlach*, Wolfgang: *Als die Zeugen schwiegen*. *Bekennende Kirche und die Juden* (Studien zu Kirche und Israel 10). Berlin 1987, 237f.

50 Vgl. *ebd.*, 238.

51 Vgl. *Grosse*, Reichspogromnacht (wie Anm. 35), 102.

Regel – auch bekannt.<sup>52</sup> Auch Gerda Bertram und Karl Keßler bezogen Stellung und sind daher ebenfalls als eine solche Ausnahme zu betrachten.

Angesichts der schrecklichen Ereignisse fiel Bertrams erste Reaktion in ihrem Brief an Keßler vom 11. November zunächst eher nüchtern aus. Erst gegen Ende des Briefes schrieb sie darüber:

„Bei den Unruhen wegen der Juden ist es hier auch ziemlich doll hergegangen. Wenn es verurteilt wurde von maßgeblicher Stelle, so nur darum, wie ich jedenfalls hörte bisher, weil Volksgut dabei vernichtet wurde.“<sup>53</sup>

Gerade in dieser trockenen Sachlichkeit liegt jedoch die ganze Grausamkeit der Lage: Nicht aufgrund von Straftaten gegen die Menschlichkeit, sondern aus wirtschaftlichen Gründen wurden einzelne Aktionen von amtlicher Seite her verurteilt. Mit zu bedenken ist bei dieser Äußerung die innere Zensur, da Bertram sich mit ihrer Bewertung der Ereignisse zurückhalten musste, um so wenig Angriffsfläche wie möglich zu bieten.

Ihrer Empörung über die Geschehnisse, insbesondere über die Berichterstattung in der Presse, machte sie schließlich am 15. November in einem Brief an ihren Freund Luft. Sie zitierte darin, was sie zuvor in einer Zeitung über die Pogrome gelesen hatte: „Das Volk will es so und wir vollziehen seinen Willen.“<sup>54</sup> Diese Behauptung der Nationalsozialisten bezeichnete sie als „Unverschämtheit“, bei der ihr „bald der Verstand stehen geblieben“ sei. Diese Wortwahl und der etwas gedrängte Schreibstil des Briefes deuten auf eine für Bertram sonst eher untypische Emotionalität hin, in der sich das Erfassen der Ernsthaftigkeit der Lage in vollem Umfang widerspiegelt. Kurzerhand entschloss sie sich, ihren Schwager Heinrich Vetter in seiner Funktion als Oberbürgermeister von Hagen wegen dieser Sache zu befragen. Da sich dieser jedoch zum Zeitpunkt nicht vor Ort befand, blieb ihr noch, ihr Anliegen „schriftlich zu fixieren“, auch wenn sie anmerkte, dass sie das „nicht gerne“ tue. In diesem Schreiben beabsichtigte sie

---

52 *Ebd.*, 98.

53 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 11.11.1938 (FAPH [wie Anm. 1]).

54 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 15.11.1938 (*ebd.*).



darauf hinzuweisen, „dass verschiedenste andere Deutsche das Geschehen nicht billigten, es nur aus Angst nicht öffentlich verlauten ließen.“ Außerdem wollte sie sich gegen die Behauptung Goebbels aussprechen, „das ‚deutsche Volk‘ habe sich nicht gegen die Personen, sondern nur gegen die Sachen gewendet“ und eine „glaubwürdige Auskunft über den Grund des Abtransports u. den Verbleib der Juden“<sup>55</sup> einfordern.

Kurz nachdem sie den Brief für den Oberbürgermeister hinterlegt hatte, traf sie diesen im Haus ihrer Schwester an. Seine Reaktion beschrieb sie als „sachte“ und „sachlich“<sup>56</sup>. Er erklärte, sie sei „nicht richtig informiert“ und gab ihr letztendlich keine klaren Antworten auf ihre Fragen. Obwohl Heinrich Vetter ihr versicherte, „daß er den Brief nicht weitergäbe“, wurde Bertram kurz darauf von einem „politischen Leiter“ aufgesucht. Ob ihr Schwager tatsächlich etwas damit zu tun hatte, blieb ungewiss. Ihr Eindruck von dem Gespräch mit dem Amtsträger war der, „daß man [ihr] die Tatsachen nicht widerlegen konnte und sehr unsicher war trotz mancher Sicherheitsversuche.“<sup>57</sup> Über die Inhalte des Gesprächs wollte sie bewusst nichts schreiben. Insofern dies aus den Briefen ersichtlich wird, zog der Besuch des politischen Leiters keine weiteren Konsequenzen nach sich.

Keßler war zu diesem Zeitpunkt als Hilfspfarrer in Ranstadt tätig. Von ihm existiert keine eindeutige schriftliche Bewertung der Ereignisse und auch kein Bericht darüber. Seine Partnerin schrieb jedoch im Rückblick an Rudolf Weckerling, Karl habe „am 9.11.38 zwei alten Jüdinnen in Ranstadt geholfen, die man in einen Bach geworfen hatte“<sup>58</sup>. Es ist bemerkenswert, dass dieser Akt der Mitmenschlichkeit und Zivilcourage in der sonstigen Korrespondenz Keßlers an keiner Stelle erwähnt wird. Zweifelsohne muss diese Handlung mit einem erheblichen Risiko verbunden gewesen sein.

Des Weiteren erwähnte Keßler in einer kurz gehaltenen Postkarte an seine Mutter, er werde am kommenden Sonntag, den 13. November, und am Buß- und Betttag in Ranstadt predigen und dass die „letzten Tage“ dort sehr „viel Unruhe gebracht“<sup>59</sup> hätten. Zwischen

---

55 Ebd.

56 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 17.11.1938 (FAPH [wie Anm. 1]).

57 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 9.12.1938 (ebd.).

58 Brief Gerda Keßlers an Rudolf Weckerling vom 1.10.1948 (ebd.).

59 Postkarte Karl Keßlers an Käthe Keßler vom 12.11.1938 (ebd.).

diesen beiden Predigten berichtete er vom Sonntagsgottesdienst, dass er „recht gut besucht“<sup>60</sup> gewesen sei, erwähnte jedoch keinerlei Inhalte der Predigt. Dies ist auch wieder auf die Vorsicht in Bezug auf die Zensur zurückzuführen. Jedoch ist aus den darauffolgenden Briefen ableitbar, dass Keßler sich durchaus zu den Geschehnissen geäußert und diese scharf verurteilt haben muss. Seine Bußtagspredigt wurde von Gerda Bertram im Nachhinein als einer der Gründe aufgeführt, warum er am 18. November von der Gestapo verhaftet wurde<sup>61</sup>. Es handelte sich dabei um eine „Schutzhaft“, die ihn angeblich vor dem „Volkszorn“ schützen sollte, wie er in einem in seiner Zelle verfassten Brief seine Mutter zu beruhigen versuchte<sup>62</sup>. In diesem Brief erklärte er auch, „Grund und Zweck“ seiner Verhaftung seien ihm „selber völlig verborgen“, vermutete aber, dass sie auf seine „Vorstellung beim Bürgermeister zurückzuführen“ seien. Den Bürgermeister von Ranstadt hatte er aufgesucht, um ihn zu fragen, „was mit der im Stall sitzenden Jüdin geschehe“ und um ihn darauf hinzuweisen, „daß es seine Pflicht als Ortspolizeigewalt sei dafür zu sorgen, daß der Frau nichts geschehe.“<sup>63</sup> Eine solche Vorsprache beim Bürgermeister, die als Kritik sowohl an seiner Person als auch am staatlichen Vorgehen aufgefasst werden musste, wird einem 26-jährigen Vikar einiges an Selbstbewusstsein und Mut abverlangt haben. Eine Bekannte aus Ranstadt gab später Auskunft über diesen Vorfall. Die Reaktion des Bürgermeisters auf Keßlers Einsatz für die Juden sei folgende Äußerung gewesen: „Was wollen Sie eigentlich, diese Leute gehören doch nicht zu Ihren Schäfchen!“, woraufhin Keßler schlagfertig geantwortet hatte: „Aber Sie gehören zu unseren Schafen!“<sup>64</sup> An dieser Reaktion wird sichtbar, dass Keßler sich nicht nur mit den jüdischen Opfern solidarisierte, sondern auch eine Pflicht verspürte, sich den Vertretern des Staates entgegenzustellen. Er scheint diese Verantwortung ganz bewusst in seiner Rolle als Mitglied und Amtsträger der Bekennenden Kirche wahrgenommen zu haben.

Im Fall von Keßlers Hilfeleistung an den beiden jüdischen Frauen in einer akuten Notlage handelte es sich um eine spontane Aktion.

---

60 Postkarte Karl Keßlers an Käthe Keßler vom 14.11.1938 (ebd.).

61 Vgl. den Brief Gerda Keßlers an Rudolf Weckerling vom 1.10.1948 (ebd.).

62 Vgl. den Brief Karl Keßlers an Käthe Keßler vom 19.11.1938 (ebd.).

63 Ebd.

64 Ebd., Anmerkung 2 von Gunnar Pudlatz (FAPH [wie Anm. 1]).

Vorbereitet wurde diese durch seine antinationalsozialistische Einstellung, seine christliche Glaubensüberzeugung der Nächstenliebe und theologische Ablehnung der Kategorie „Rasse“ als gottgegebene Ordnung. Gerda Bertrams Brief an ihren Schwager hingegen war eine wohlüberlegte, geplante Handlung. Der Novemberpogrom löste bei ihr einen Transformationsprozess aus, der sie dazu veranlasste, der Staatsmacht in Gestalt des Bürgermeisters entschieden entgegen zu treten. Von ihren Vorbehalten in Bezug auf Mischehen ließ sie sich nicht davon abhalten, sich persönlich gegen das Unrecht an Juden einzusetzen.

Keßler bezahlte sein Engagement für die Juden im November 1938 nicht nur mit zwei Wochen Schutzhaft, sondern wurde anschließend aus Hessen-Nassau ausgewiesen. Doch schnell tat sich eine neue Tür für ihn auf: es erreichte ihn ein Stellenangebot aus dem „Büro Pfarrer Grüber“ in Berlin, das gerade im Dezember 1938 mit seiner Arbeit begonnen hatte. Hauptanliegen dieser kirchlichen Hilfsstelle war die Beratung und Unterstützung von Christen jüdischer Herkunft, vor allem auch die Ermöglichung von Auswanderungen ins Ausland. Seit Ende Januar 1939 war Karl Keßler dort als Mitarbeiter in der Seelsorgeabteilung tätig<sup>65</sup>. Die Maßregelung, die ihn eigentlich für seinen Einsatz zugunsten der Juden hatte strafen sollen, bescherte ihm als Ironie des Schicksals eine Möglichkeit, sich nun beruflich und damit noch aktiver um rassistisch Verfolgte zu kümmern. Gerda Bertram folgte ihm kurz darauf nach Berlin. Hier und im Rahmen einer Pfarrstelle in Altlandsberg setzten sie sich nicht nur beruflich, sondern auch privat für Juden ein, indem sie finanzielle Unterstützung leisteten, Hilfesuchende bei sich aufnahmen und Untergetauchte versteckten.

Stellt man das Verhalten des Paares der Haltung der Bekennenden Kirche gegenüber, so kommen hier nicht nur erkennbare Unterschiede zum Vorschein, sondern es zeigen sich auch die verschiedenen Voraussetzungen, die zu abweichenden Handlungskonsequenzen

---

65 In einem Brief Heinrich Grübers an den Evangelischen Oberkirchenrat vom 10.2.1939 (FAPH [wie Anm. 1]) ist „Vikar Kessler“ als Mitarbeiter der Seelsorgeabteilung erwähnt. Der Brief ist der Briefsammlung in Abschrift beigelegt. Vgl. ebenso *Ludwig*, Hartmut: An der Seite der Entrechteten und Schwachen. Zur Geschichte des „Büro Pfarrer Grüber“ (1938 bis 1940) und der Ev. Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte nach 1945. Berlin 2009, 41.

fürten. Die beiden hatten es geschafft, trotz ihrer unterschiedlichen familiären Prägung und der daraus resultierenden Differenzen auch in Bezug auf die ‚Judenfrage‘ zu einem gemeinsamen Handeln zugunsten der Juden zu finden. Eine solche Leistung vermochte die BK in ihrer Gesamtheit nie zu erreichen. Sie hatte sich innerlich immer weiter in unterschiedliche Lager aufgespalten und war äußerlich nicht über das Stadium der kirchlichen Selbstbehauptung hinaus gekommen<sup>66</sup>. Zu sehr war sie mit dem Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Strukturen und Lehrunabhängigkeit beschäftigt<sup>67</sup>. Im November 1938 trat dieser Unterschied offen zutage. Für Bertram und Keßler lag nun in jeder Hinsicht eine Grenzüberschreitung der Regierung vor, der sie nicht tatenlos zusehen konnten. Die schrecklichen Geschehnisse riefen beide zur Solidarisierung mit den Juden und zum aktiven Protest. Die Kirchenleitung der BK jedoch schwieg: „Sie war stumm, wo sie hätte schreien müssen, weil das Blut der Unschuldigen zum Himmel schrie.“<sup>68</sup> Diese Verweigerung des Protests wirkte deswegen verheerend, da nun sowohl den Juden als auch den eigenen BK-Anhängern deutlich geworden sein musste, dass es weiterhin vonseiten der Kirchenleitung kein Eintreten für Juden geben würde. Die Tage nach der Reichspogromnacht hätten dieser die Gelegenheit geboten, der mörderischen Judenpolitik entgegenzutreten. Sie hatte diese Chance nicht nur verpasst, sondern ignoriert.

Der in dieser Lage auch als Rechtfertigung willkommene lutherische Gedanke eines strikt voneinander getrennten staatlichen und kirchlichen Bereiches rief die BK zwar zur Selbstverteidigung, was sich beispielsweise in dem Konflikt um ihre rassistisch verfolgten Mitglieder äußerte. Doch führte diese Idee, gepaart mit einem tief verankerten Antisemitismus, auch dazu, dass sie eben *nur* sich selbst verteidigte und sich weder öffentlich vor die Opfer des Staatshandelns

---

66 Vgl. *Jähnichen*, Traugott: Selbstbehauptung – Protest – Widerstand. Zum Verhalten der Bekennenden Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus. In: Brakelmann, Günther / Keller, Manfred (Hg.): Der 20. Juli 1944 und das Erbe des deutschen Widerstands (Zeitansage 1). Münster 2005, 40–61, 40f.

67 Vgl. *Benz*, Wolfgang: Kirchen im Nationalsozialismus. Selbstbehauptung und Opposition. In: Ders. (Hg.): Selbstbehauptung und Opposition. Kirche als Ort des Widerstandes gegen staatliche Diktatur. Berlin 2003, 11–32, 13.

68 *Bonhoeffer*, Dietrich: Ethik (Dietrich Bonhoeffer Werke 6). München 1992, 129.

stellte, noch sich dafür einsetzte, den verbrecherischen Taten des Regimes ein Ende zu bereiten.

Anders als die Kirchenleitung der BK war Karl Keßler von jenen theologischen Voraussetzungen und antijüdischen Vorbehalten weniger bestimmt. Sein Freund Rudolf Weckerling schrieb später:

„Der deutsche Protestantismus war auf alles andere vorbereitet, als auf eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Anders war es bei den Leuten, die durch Karl Barth beeinflusst, ein Selbstbewußtsein entwickelten und einen eigenen Auftrag des Christentums in dieser Zeit formulierten, der sich auch politisch auswirken mußte.“<sup>69</sup>

Keßler gehörte zweifellos zu diesen „Leuten“. Theologisch war er mehr reformiert als lutherisch geprägt. Neben Karl Barth hatte auch besonders Wilhelm Vischer seinen Beitrag dazu geleistet. Vischer war einer der sehr wenigen Theologen, die keinerlei antijudaistische Vorbehalte pflegten und vehement für die Verbundenheit von Christen und Juden eintraten<sup>70</sup>. Die BK hingegen hatte sich weder vom lutherischen Obrigkeitsdenken noch von der antisemitischen Grundhaltung befreien können.

Zu den oben genannten Gründen kam sicherlich die berechtigte Angst der Kirchenleitung vor möglichen Strafen hinzu. Letztere hatten Gerda Bertram und Karl Keßler überwunden, auch wenn ihr Handeln tatsächlich schicksalhafte Konsequenzen nach sich zog und zunächst ihn, später auch sie nach Berlin brachten. Sie taten das, was die BK nicht zustande brachte. Sie kamen zu einer Ablehnung des theologischen Antijudaismus, der die BK auch in den Jahren 1938 bis 1940 an einem Engagement für die Juden hinderte. Sie gelangten zu der Überzeugung, dass es ebenfalls Aufgabe der Kirche sein könne,

---

69 Müller, Johannes / Weckerling, Rudolf: „Die Mehrheit des deutschen Protestantismus hatte einen Januskopf“. In: Brodersen, Ingke / Humann, Klaus / v. Paczensky, Susanne (Hg.): 1933. Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen. Ein Lesebuch für Demokraten. Reinbek bei Hamburg 1983, 266–303, 286f.

70 Bezeichnend dafür ist Vischers im Herbst 1938 herausgegebene Schrift mit dem provokanten Titel „Das Heil kommt von den Juden“. Vgl. Röhm / Thierfelder, Juden 3/I (wie Anm. 37), 56.

dem Staat Widerstand zu leisten, während die BK mit ihrem lutherischen Obrigkeitsdenken die Augen vor einer Verantwortungsübernahme gegenüber den Juden verschloss. Und sie wussten sich schließlich durch christliche Nächstenliebe den Notleidenden verpflichtet. Nicht einmal zu Letzterem konnte sich die BK im Ganzen durchringen.

#### 4. Ausblick

Knapp drei Monate vor der Geburt seiner Tochter Johanna wurde Keßler zum 1. April 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Bald schon kam er an die Front, zuerst nach Frankreich, dann wurde er im Balkan- und Russlandfeldzug eingesetzt. Er sollte Offizier werden, doch wegen seiner politischen Gesinnung und seiner belasteten Vergangenheit wurde er im November 1942 zur „Frontbewährung“ nach Stalingrad abgestellt. Etwa einen Monat nach seiner Ankunft an der Front, am 19. Dezember 1942, starb Karl Keßler. Den Soldateneid auf den Führer hatte er zuvor verweigert<sup>71</sup>.

In den letzten Zeilen an seine Mutter, vier Tage vor seinem Tod, schrieb er: „Ich grüße Euch alle daheim mit dem Lehrtext Luc 1: Er richte unsere Füße auf den Weg des Friedens.“<sup>72</sup> Die Briefe von Gerda Bertram und Karl Keßler zeugen von diesem Weg des Friedens in Zeiten der größten Unruhe. Sie erinnern daran, wie viel Elend eine so kurze Epoche der deutschen Geschichte über die Welt hereinbrechen ließ. Bei der Erinnerung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus geht es deshalb tatsächlich „um eine Sache, bei der nichts verheimlicht werden darf“<sup>73</sup> – auch nicht das Versagen und die Schuld der Bekennenden Kirche gegenüber den Juden.

---

71 Gerda Keßler erinnerte sich später nicht mehr an den genauen Ausgang, meinte jedoch, es sei ein Einschub hinzugefügt worden, der den Eid relativierte. Vgl. den Brief Gerda Keßlers an Rudolf Weckerling vom 1.10.1948 (FAPH [wie Anm. 1]).

72 Brief Karl Keßlers an Käthe Keßler vom 15.12.1939 (ebd.).

73 Brief Gerda Bertrams an Karl Keßler vom 27.8.1935 (ebd.).